

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER
DEUTSCHLANDS

BUND

Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung

Versprechungen — Geschenke an Unternehmer — Tarifverschlechterungen, Lohnkürzungen

Der derzeitige Reichskanzler von Papen verkündete auf einer Bauerntagung in Münster das Wirtschafts-Ankurbelungs-Programm der Herrenklub-Regierung. Die ganze inländische und ausländische Öffentlichkeit erwartete die große Rede mit Spannung. Nun ist sie verklungen. Tagelang beschäftigte sich die Presse damit, soweit die ungestörte Reichstagsöffnung und die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten das zuließen, aber viel ist bis jetzt aus den großen Ankündigungen noch nicht geworden. Alles wartet noch auf den Text der Notverordnung selbst, um etwas mehr Konkretes in der Hand zu haben. Im allgemeinen herrscht noch großes Rätselraten und Unsicherheit, nur die scharfmacherische Unternehmerpresse bekundete sich mit Begeisterung zu den geäußerten Grundsätzen des Reichskanzlers, der den politisch und wirtschaftlich starken Mann hervorkehrte.

Worin besteht nun dies von der Scharfmacherpresse bejubelte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung? Wir wollen es kurz dahin zusammenfassen:

Die Regierung geht von dem Gedanken aus, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland ihren tiefsten Stand erreicht hat. Sie rechnet ferner damit, daß die Krise der Weltwirtschaft in kürzester Zeit ebenfalls eine Wendung nach oben zu nehmen beginnt. Hiervon ausgehend soll die deutsche Wirtschaft durch zusätzliche Maßnahmen aus der Verkrampfung und Verweisung schneller als es sonst der Fall wäre befreit werden. Die Regierung will das Problem von zwei Seiten anfassen. Durch ein Prämiensystem soll ein Anreiz zur Einstellung neuer Arbeiter in die Betriebe geschaffen werden. 700 Millionen sind für diese Art Ankurbelung vorgesehen. Für jeden neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten soll auf das Jahr gerechnet ein Betrag von 400 Mark in Form von Steuerscheinen gegeben werden. Diese Steuerscheine kann der Unternehmer in den Jahren von 1934 bis 1938 bei der Reichsregierung in Zahlung geben. Er kann sie aber auch sofort flüssig machen, indem er sie verkauft oder sich beleihen läßt. Wenn der ausgeworfene Betrag voll ausgenutzt wird, so würden 1,5 bis 2 Millionen Arbeiter neu beschäftigt werden. Dieser Prämienbetrag entspricht etwa den Ausgaben, die der Staat für die Unterstützung der Erwerbslosen sowieso zu machen hat. Das ist ein Teil des Programms. Das bekannte Programm für Notstandsarbeiten, wofür 350 Millionen RM vorgesehen sind, soll daneben in vollem Umfange aufrechterhalten und durchgeführt werden.

Die Reichsregierung glaubte daneben aber noch etwas besonderes machen zu müssen. Um den Betrieben den nötigen Anreiz zu geben, will man ein großzügiges Steuersenkungsprogramm in den nächsten Jahren zur Durchführung bringen und diese Maßnahme der Zukunft bereits der jetzigen Wirtschaft dienstbar machen. Die Finanzämter sollen für die im Zeitraum vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fälligen und eingezahlten Steuern, die besonders produktionshemmenden Charakter tragen, also Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und Beförderungsteuer, Steuer-Anrechnungsscheine ausstellen, mit denen der Steuerzahler in den Jahren von 1934 bis 1938 alle Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuer zahlen kann. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von etwa 1500 Millionen RM, der

auf diese Weise indirekt der Wirtschaft im Laufe eines Jahres zugeführt werden soll. Von 1934 bis 1938 kann die Umsatzsteuer zur Hälfte, die Gewerbesteuer zu zwei Fünfteln, die Grundsteuer zu einem Viertel und die Beförderungsteuer voll durch Steueranrechnungsscheine beglichen werden. Die Steueranrechnungsscheine sind überdies mit einem Agio von 4 Prozent ausgestattet, so daß derjenige, der die Steuerscheine erst im Jahre 1938 zur Bezahlung von Steuern verwendet, sie zu 120 Prozent in Zahlung geben kann. Diese Steuerscheine sollen ebenfalls schon jetzt durch Beleihung oder Verkauf mobilisiert werden können. Die Unternehmer sind also in der Lage, im Laufe eines Jahres mit zusätzlichen Reichsmitteln in Höhe von 1,5 Milliarden RM die Wirtschaft anzukurbeln, wenn sie die Reichshilfe in der Weise anwenden, wie sie von der Regierung gedacht ist. Mit den Einstellungsprämien zusammen sind es 2,2 Milliarden, die der Wirtschaft zur Ueberwindung der Krise zur Verfügung gestellt werden.

Weit schwerer wiegt für uns der zweite Teil des Ankurbelungsprogramms, der von der Lohnseite her erfolgen soll. Die Unternehmer sollen

durch ein Gesetz ermächtigt werden, den Tariflohn in einem gewissen, umgrenzten Umfange zu unterschreiten, wenn sie mehr Arbeitskräfte einstellen. Die Tariflöhne sollen innerhalb gewisser Grenzen in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt werden, in je größerem Umfange die Vermehrung der Belegschaft vorgenommen wird. Bis zu einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden sollen die Löhne nicht unterschritten werden dürfen. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollen in ihrem wesentlichen Inhalt aufrechterhalten werden. Man will sich angeblich nur gegen den Tarifsozialismus wenden. In Wirklichkeit wird das Tarifrecht vollständig unterhöhlt und sinkt zur leeren Hülle herab. Dadurch, daß die Verdienste der Belegschaft sich in dem Maße verkleinern, wie neue Arbeiter eingestellt werden, wird die Arbeiterschaft des Betriebes gegeneinandergehetzt und durcheinandergebracht. Für den jetzt noch beschäftigten Arbeiter bedeutet jede Neueinstellung eine Verminderung seines Verdienstes. Daß das nicht zum Frieden innerhalb des Betriebes, sondern zum Unfrieden führt, dürfte erklärlich sein. In Wirklichkeit ist das ganze eine neue Methode der Verdienstschnäherung und

eine Benachteiligung der Arbeiter und Angestellten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben deshalb sofort in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen diese Art Sozialpolitik und Wirtschaftsankurbelung energisch Protest eingelegt. In dem Telegramm wird betont, daß die Absichten der Reichsregierung die tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts bedeutet, und zu einer einseitigen Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten führt. „Die Gewerkschaften“, so heißt es zum Schluß des Telegramms, „appellieren an den Herrn Reichspräsidenten, einer solch beispiellosen unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen“. Die Gewerkschaften sind mithin den verwerflichen Methoden der Papen-Regierung sofort entgegengetreten. Sie haben damit pflichtgemäß gehandelt.

Es ist müßig, in diesem Zusammenhang Betrachtungen über Einzelheiten des angekündigten Ankurbelungsprogramms anstellen zu wollen, aber allgemein geht daraus hervor, daß die Reichsregierung Milliarden von Reichsmark aus allgemeinen Mitteln zur Stützung des unfähigen Privatkapitalismus auswerfen will. Dieser bewies doch im bisherigen Verlauf der Krise, daß er wirklich nicht mehr in der Lage ist, den geänderten Wirtschaftsverhältnissen gerecht zu werden, aber die Reichsregierung stützt ihn auf Kosten der Armen, denen dabei wieder neue Lasten aufgewälzt werden sollen. Auch sonst wird das Problem der Ankurbelung von einer falschen Seite angepackt. Die Krisenleiden kommen doch nicht davon, daß die Fabriken zuwenig produzieren und nicht genug Arbeiter beschäftigen, sondern daher, daß die produzierten Waren nicht gekauft werden können, weil die breiten Massen keine Kaufkraft mehr haben. Nun will die Reichsregierung hauptsächlich die Produktion ankurbeln und gibt dafür sehr hohe Summen aus. Wer soll aber die vermehrte Produktion konsumieren? Die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Einkommen mittels Tarifverschlechterungen auf Wunsch der Unternehmer noch weiter herabgesetzt werden soll, kann doch die mehr erzeugten Waren nicht kaufen. Deshalb können wir uns nicht denken, daß dieses Programm wirklich wirtschaftsankurbelnd wirkt.

Aus der politischen Kampfarena

Der neugewählte Reichstag trat in der Woche zum 3. September zusammen und wählte sein Präsidium: Nationalsozialisten und Zentrum ständen zusammen und besetzten die Posten. Diese beiden Parteien pflegen auch Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel, im Reich und in Preußen eine parlamentarische Regierung zusammen zu bringen. Ihre Stärke und ihre Mandatszahl — sie verfügen zusammen über eine feste Mehrheit — geben ihnen die Möglichkeit dazu. Der Herrenklub-Regierung ist dieses Streben gerade nicht willkommen, und es jetzt noch dem Reichspräsidenten ein parlamentarischer Reichskanzler Hitler angenehm wäre, ist auch zu bezweifeln.

Das Zentrum hat die Absicht, die Nationalsozialisten mit zur Regierungsverantwortung heranzulassen, will ihnen aber trotzdem die ganze Macht nicht in die Hand spielen. Die Nationalsozialisten dagegen wollen an die Regierungsmacht auf legalem, parlamentarischem Wege und dann, wenn sie erst einmal den Staatsapparat in der Hand haben, die Macht in ihrem Sinne ausnützen. Das gilt besonders für das Land Preußen. Die Pläne und Absichten der beiden verhandelnden Parteien, der Nationalsozialisten und des Zentrums, gehen offenbar darauf hinaus, einander hineinzulegen und auf legalem, parlamentarischem Wege möglichst recht viel Regierungsmacht zu bekommen und diese im Sinne ihres Programms zu ge-

brauchen. Daß Verhandlungen mit solchem Ziel nicht leicht sind, kann man verstehen.

Gegenwärtig sind die politischen Rollen in Deutschland so verteilt. Die agrarischen, bürokratischen und militärischen Interessenten haben die Regierungsmacht in der Hand und nützen sie in ihrem Klassen- und Besitzinteresse aus. Ihre politische Stütze stellt die zusammenschrunpfe Deutschnationale Partei unter Führung Hugenburgs dar. Das bankrott gewordene, verarumte und zum Teil verlotterte, sich wieder nach Besitz und Wohlstand sehende Bürgertum aller Schattierungen schart sich unter Hitler zusammen und will die politische Macht an sich reißen, um seine Interessen wahrzunehmen. Beide Gruppen erstreben für sich die Diktatur und gemeinsam die Zurückdrängung der Arbeiterklasse aus ihren politischen Positionen, ihre Entrechtung, ihre Unterdrückung und die Beseitigung der Gleichberechtigung. Da die Arbeiterklasse in diesem Stadium schärfster Interessenkämpfe sich selbst zerfleischt, ist sie gelähmt und muß den Gegnern das Feld überlassen. Soweit die Gewerkschaften als Großorganisation der Arbeiterklasse noch den Brotkorb der Arbeiterschaft verteidigen können, tun sie es, aber der Brüderkampf und die Zersplitterung lassen es nicht zur vollen Entfaltung aller Abwehrkräfte kommen. Das ist die Tragödie im politischen Kampf, bei dem wahrscheinlich die anderen die Sieger sein werden.

„Soziale“ Steuerpolitik des neuen Systems

Die rücksichtslosen Eingriffe in die Arbeitslosenunterstützung stellen nur den einen Teil der im höchsten Grade ungerechten Regelung dar, die die Notverordnung vom 14. Juni 1932 bei der Versorgung der Arbeitslosen durchgeführt hat. Auf der anderen Seite steht die außerordentliche Belastung, die namentlich durch die neue Abgabe zur Arbeitslosenhilfe der arbeitenden Bevölkerung aufgezungen worden ist. Die Bestimmungen über diese Abgabe sind aber nicht nur im höchsten Grade unsozial, sie sind auch widerspruchsvoll und teilweise völlig sinnlos. Einer der unsozialsten Grundsätze, der bei dieser Abgabe durchgeführt wird, ist die schonungslose Erfassung aller kleinen Einkommen. Die Freigrenze (Einkommen unter 100 RM pro Monat), die für die Krisenlohnsteuer, die ja bekanntlich in der Arbeitslosenabgabe aufgegangen ist,

maßgebend war, ist beseitigt. Bei der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe gibt es nur in einem einzigen Falle eine Lehrgrenze, nämlich in dem Fall, daß ein Arbeitnehmer normalerweise nicht mehr als 10 RM in der Woche oder 45 RM im Monat zu verdienen pflegt. Diese Befreiung ergibt sich aus der Anwendung des § 75a AVAVG, der den Begriff der sogenannten geringfügigen Beschäftigungen geschaffen hat. Diese Beschäftigungen sind arbeitslosenversicherungsfrei und auch abgabefrei. Nun ist aber zu beachten, daß der § 75a von der Versicherungsfreiheit, und nunmehr automatisch also auch von der Abgabefreiheit diejenigen Lohn- und Gehaltsempfänger ausnimmt, die infolge von Kurzarbeit die genannte Verdienstgrenze nicht mehr erreichen. Wenn also ein Arbeiter oder eine Arbeiterin bei normaler Arbeitszeit in der Woche etwa 18 RM

vordient und durch Verkürzung der Arbeitszeit um die Hälfte nur noch einen Verdienst von 9 RM erzielt, so muß auch von diesem geringen Verdienst die Arbeitslosenabgabe geleistet werden. Irgeendein vernünftiger Grund, weshalb der Kurzarbeiter mit 9 RM Verdienst die Abgabe leisten muß, der Vollarbeiter mit dem gleichen Verdienst jedoch nicht, ist wahrhaftig nicht einzusehen, zumal, wenn man berücksichtigt, daß auch Kurzarbeit Monate und gegebenenfalls Jahre anhalten kann und daß damit die gesamte Lebenslage des Kurzarbeiters in solchen Fällen keineswegs günstiger ist als die eines Vollarbeiters mit entsprechend geringem Verdienst. Andererseits hat die Anwendung des § 75a AVAVG, aber eine nicht andere sehr sinnvolle Konsequenz. Der § 75a läßt nämlich nicht nur diejenigen Beschäftigungen versicherungsfrei, bei denen nicht mehr als

10 RM bzw. 15 RM verdient wird, sondern auch diejenigen, bei denen, unabhängig von der Höhe des Verdienstes, die Arbeitszeit nicht länger als 30 Stunden in der Woche zu dauern pflegt. Da die Notverordnung die Anwendung des § 75a in seinem vollen Umfange eindeutig vorschreibt, ergibt sich literatur weiter, daß also beispielsweise ein Arbeiter, der in einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden 20 RM verdient, von der Arbeitslosenabgabe befreit bleibt, wenn diese Arbeitszeit als seine normale Arbeitszeit (also nicht als Kurzarbeit) anzusprechen ist. Daß dieses Ergebnis sozial nicht befriedigend ist, hat man auch im Reichsarbeitsministerium und in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung empfunden. Der Präsident der Reichsanstalt erklärt darum in seinem Ausführungs-erlaß vom 4. August 1932, daß „für die Entscheidung der Frage, ob ein geringfügig Beschäftigter nach § 2 Nr. 2 der Notverordnung in Verbindung mit § 75a AVAVG von der Abgabe befreit ist, es nur darauf ankommt, ob sein Arbeitsentgelt wöchentlich nicht mehr als 10 RM bzw. monatlich nicht mehr als 45 RM beträgt“. Auf diese Weise möchte man an der Arbeitsgrenze des § 75a vorbeikommen. Einer solchen selbstherrlichen Auslegung eines in seinem Wortlaut und Sinn ganz klaren Gesetzes muß aber widersprochen werden. Solange nicht durch den Gesetzgeber die Bestimmung der Notverordnung abgeändert wird, bleibt jede Beschäftigung, die normalerweise 30 Stunden in der Woche nicht zu überschreiten pflegt, abgabefrei. Dieser Grundsatz ist von besonderer Bedeutung auch für die unständig Beschäftigten, die im übrigen der Abgabepflicht unterliegen.

Neben den geringfügigen Beschäftigten sind nur noch die Lehrlinge von der Abgabe befreit. Alle übrigen Arbeitnehmer werden in vollem Umfange betroffen, und zwar jeder zum Teil nicht nur in dem Umfange, den die Notverordnung vorschreibt, sondern gegebenenfalls weit darüber hinaus. Die Ungerechtigkeiten, die hier gemeint sind, ergeben sich aus dem Einziehungsverfahren. Die Einziehung der Abgabe erfolgt für die Kranken- und arbeitslosenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bekanntlich durch die Krankenkassen. Berechnet wird die Abgabe in der überwiegenden Zahl der Fälle infolgedessen nicht nach dem tatsächlichen Arbeitsentgelt, sondern nach den Grundlöhnen, nach denen die Beiträge zur Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung berechnet werden. Da diese Grundlöhne stets größere Verdienstspannen umfassen, ergibt sich die Folge, daß die unterhalb des Durchschnittsverdienstes, der in der Grundlohntafelsetzung zum Ausdruck kommt,

gelagerten tatsächlichen Verdienste mit einem höheren Satz als dem in der Abgabeverordnung vorgesehene belastet werden. Wenn beispielsweise die Verdienste von 25 bis 32 RM in einer wöchentlichen Grundlohntafel von 28 RM zusammengefaßt sind, so zahlt der Arbeiter mit einem Wochenlohn von 25 RM nicht 1/4 Proz. von 25 RM = 37 Pf., sondern 1/4 Proz. von 28 RM = 42 Pf., mithin 5 Pf. mehr als es der eigentlichen Belastung entspricht.

Noch viel krasser wirkt sich diese Regelung anfänglich bei allen den Versicherten aus, die bei Rückgang des Verdienstes von der Befugnis des § 352 der RVO Gebrauch machen und sich in ihrem früheren Grundlohn in der Krankenkasse weiter versichern. Für diese bestimmt nun der bereits erwähnte Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt, daß in Fällen, in denen der Pflichtversicherte nach einem höheren Grundlohn versichert ist, als es seinem tatsächlichen Arbeitsentgelt entspricht, die Abgabe nach demjenigen Grundlohn zu bemessen ist, der auf Grund des tatsächlichen Arbeitsentgelts maßgebend wäre. Zahlt also jemand seine Krankenversicherungsbeiträge entsprechend einem Grundlohn von 42 RM, entspricht seinem wirklichen Arbeitsverdienst aber nur ein Grundlohn von 21 RM,

so ist er nur mit diesem letzteren Grundlohn abgabepflichtig.

Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ist, wie schon erwähnt, an die Stelle der Krisenlohnsteuer getreten. Obwohl sie dieser gegenüber, namentlich bei den niedrigeren Einkommen, erhebliche Mehrbelastungen bringt, wirkte sie sich in den letzten Monaten beim Arbeitnehmerinkommen um deswillen noch nicht in ihrer ganzen Schärfe aus, weil die Bürgersteuer seit dem 1. Juli d. J. nicht mehr erhoben wurde. Vielfach ist darum die irrigio Auffassung entstanden, daß die Bürgersteuer endgültig abgeschafft sei. Dies ist aber keineswegs der Fall. Im Gegenteil scheinen erfolgreiche Bestrebungen im Gange zu sein, die Bürgersteuer bereits im laufenden Jahre, und zwar ab 1. Oktober wieder zur Erhebung zu bringen. Damit würde dann die steuerliche Belastung des Arbeitnehmers erneut gesteigert und das Fehlen einer angemessenen Befreiung der kleineren Einkommen bei der Arbeitslosenabgabe erst recht untraglich werden. Solange es nicht möglich ist, die Arbeitslosenabgabe überhaupt wieder zu besitzigen, muß darum der Einfluß der Gewerkschaften verstärkt dafür eingesetzt werden, daß mindestens die von der Lohnsteuer befreiten Einkommen auch von der Beschäftigtensteuer ausgenommen werden.

So macht Papen Schluß mit dem Wohlfahrtsstaat

In Deutschland herrscht die schwarze Reaktion. Was die Papen-Regierung bei ihrem Regierungsantritt ankündigte, daß sie mit dem Wohlfahrtsstaat nun endlich Schluß machen wolle, ist eingetroffen. Gemeint und geschädigt würden die vielen Millionen Menschen, die in Deutschland allein als Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf der Strecke blieben. Und in der Tat ist der Schluß mit dem Wohlfahrtsstaat fürchterlicher ausgefallen, als es erwartet werden konnte.

In der Arbeitslosenversicherung, wenn man noch von einer solchen sprechen kann, ist die berüchtigte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt worden. Wer jetzt seine Arbeitsstelle verliert, muß nach allen Regeln der Kunst auf Herz und Nieren geprüft werden, ob doch nicht noch etwas vorhanden ist, um die Bedürftigkeit zu versagen. Zwar werden noch für sechs lange Wochen die gesetzlichen Leistungen ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt; aber gerade diese sechs Wochen sind ja nur dem Scheine nach erhalten worden. Außerdem sind die jetzt gezahlten Sätze der wöchentlichen Unterstützungen katastrophal gesenkt worden und liegen noch unter denen der bisherigen Krisenfürsorge, die so schon niedrig genug waren.

Noch schlechter ist es mit der Krisenfürsorge bestellt. Für Angehörige mit eigenem Einkommen galten bisher Freigrenzen, die zwar nicht hoch bemessen waren, aber immerhin noch etwas für den Verdienenden übrigließen. Auch damit hat man jetzt Schluß gemacht. Die Freigrenzen sind sämtlich beseitigt worden und die Bedürftigkeitsprüfung erfolgt nach den Richtsätzen der Wohlfahrtsfürsorge, die von den Bezirksfürsorgeverbänden in Stadt und Land festgesetzt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen daher noch äufhorst ungünstig liegen, damit man überhaupt noch einmal eine Unterstützung fürsorglich bewilligt bekommt.

Zwei Beispiele, aus der rauhen Wirklichkeit des Alltags herausgegriffen, zeigen drastisch, wie der Schluß des Wohlfahrtsstaates aussieht. — Die Bedürftigkeit der neunköpfigen Familie eines Erwerbslosen wird geprüft nach den neuen Richtsätzen, da dieser noch eine Krisenunterstützung erhält. Das Arbeitsamt errechnet also den Richtsatz für die Familie wie folgt: Für den Antragsteller den monatlichen Betrag von 26 RM, für dessen Ehefrau 7,50 RM, für 4 unmündige und schulpflichtige Kinder zusammen 30 RM, für eine gebrechliche Mutter, die im gleichen

Haushalt lebt, auch noch 15 RM. In Arbeit stehen zwei Söhne, die 16- und 17jährig als Jungarbeiter wöchentlich je 16 RM netto verdienen. Nach den bisherigen Bestimmungen der Krisenfürsorge waren beide Einkommen nicht anzurechnen, da die Freigrenze die gleiche Höhe hatte. Nun aber wird für beide Söhne nur der Richtsatz von je 15 RM angenommen, und der geringe Verdienst voll angerechnet. Für die gesamte 9köpfige Familie wird also ein Richtsatz von 108,50 RM angenommen; selbst wenn noch die monatliche Wohnungsmiete von 18 RM hinzugerechnet wird, so übersteigt der Monatsverdienst der beiden Söhne nach den neuen Bestimmungen den Richtsatz und ... Die beantragte Krisenunterstützung konnte nicht bewilligt werden, da durch Einkommen in Ihrer Familie der Richtsatz erreicht wird. Das Rechtsmittel des Einspruchs usw.“ so lautet darauf der ablehnende Bescheid des Arbeitsamtes.

Zwei Jungarbeiter mit einem schmalen Verdienst müssen eine 9köpfige Familie vollkommen erhalten — für die Eltern, die Großmutter und vier unmündige Geschwister sorgen. Selbst noch Hilfe bedürftig — in der Entwicklung begriffen — körperlich noch lang nicht vollleistungsfähig, müssen sie einen solchen Unterhalt gewährleisten. Es wird ihnen noch zugemutet, daß sie für 3,50 RM wöchentlich ihre jungen Kräfte gesund und kräftig erhalten können. Mehr bleibt nach dieser furchtbaren Rechnung nicht übrig. Gibt es wohl noch einen größeren Wahnsinn, in den man die Arbeiterschaft stürzen kann?

Ein anderer Fall. Eine junge Verkäuferin, die oben ausgelirnt, noch von einem besondern Glück reden kann, daß sie ihre Arbeitsstelle behalten darf. Der Monatslohn beträgt netto 78 RM. Für die erwerbslosen Eltern und zwei unmündige Geschwister ist zu sorgen. Auch hier wird vom Arbeitsamt nach der Papen-Notverordnung eine Bedürftigkeit nicht mehr errechnet. Ob die junge Kraft in ihrem Berufe vorwärtskommt oder die Stellung verliert — nach den geforderten Leistungen ist dies aber anzunehmen — darüber kümmert sich keine beherrliche Stelle.

Mit diesem System, mit diesem Wohlfahrtsstaat wird Schluß gemacht. In Wahrheit aber wird Schluß gemacht mit den Unterstützungen der Hilfsbedürftigen. Das spüren täglich viele Tausende und aber Tausende Erwerbslosen, die ohne Arbeit, ohne Brot nur noch von Almosen kümmerlich erhalten werden. Schutzlos und rechtlos wird die Arbeiterschaft dem Elend ausgeliefert, damit das reaktionärste Unternehmertum, der dreimal gehelligte Profit, die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch einmal erhalten bleibt. Der Schluß des Wohlfahrtsstaates wirkt heute schon seine grausame Schatten voraus.



Lohntarif-Aufkündigungen für Weißhohlglas

Den Weg der weiteren Verelendung der Arbeiterklasse, der erneut mit staatlicher Hilfe sanktioniert werden soll, gehen die Weißhohlglasindustriellen ihrer bisher geübten Tradition treubleibend, gern mit. Anders kann nach den zurückliegenden Geschehnissen und Erfahrungen mit Lohnsenkungen die zum 30. September 1932 ausgesprochene Tarifaufkündigung für sämtliche Lohntarife der Weißhohlglasindustrie nicht gewertet werden.

Es sind offizielle Vorschläge vom SDG, dem Kündigungsschreiben nicht beigefügt worden. Durch die immer gut funktionierende „Hüterpost“ hört man allerdings, daß die Absicht vorliegen soll, sämtliche Löhne erneut um 10 Proz. zu kürzen. Daneben wird man die bald zu erwartende Hunger-Notverordnung auswerten wollen. Selbst der Tendenz der Schwerindustrie los vom Tarifvertrag, um in Zukunft einseitig das Direktionsrecht walten zu lassen, soll man verschiedentlich baldigen. Wir warnen vor Experimenten und wollen hoffen, daß hier der Wunsch nur Vater des Gedankens bleibt. Mit Werkvereinbarungen oder gar tariflos zu arbeiten, bedeutet für die Weißhohlglasindustrie infolge der jetzt schon offensichtlich ungerechtfertigten Wettbewerbsverhältnisse zwischen den einzelnen Betrieben und Branchen vollends, der Katastrophe mit lebenden Augen in die Arme marschieren. Die erneuten Lohnabbauabsichten können zur erhofften Gesundung der Industrie nicht führen, vor allen Dingen wenn man jetzt schon erkennt, daß auf dem Weg der gegenseitigen Preisunterbietungen, die den Grundsätzen gesunder Konkurrenz zuwiderlaufen, weiter fortgefahren werden soll. Diejenigen Arbeitgeber, die jetzt „ein Hosianna für die Zerschlagung der Tarifverträge anstimmen“, würden vielleicht die ersten sein, die zu Boden gedrückt werden.

Aus den Geschehnissen der zurückliegenden Zeit haben die Glasindustriellen aller Branchen nichts gelernt. Sie wissen scheinbar immer noch nicht, daß jede wirtschaftliche, besonders aber die jetzige mit ihren schweren sozialen Auswirkungen für die Arbeiterklasse, eine Störung des Gleichgewichtes zwischen Produktion und Konsum bzw. Produktionskraft und Kaufkraft ist. Weiteres „Kaufkraft-Jodeln“ kann volkswirtschaftlich nicht mehr verantwortet werden, zumal die Glasindustrie als Veredelungs- und Fertigungswirtschaft unter der Einschränkung der Einkommensverhältnisse in Deutschland die Krise am stärksten zu spüren bekommt und nicht mit weiteren schmerzlichen Beispielen arbeiten sollte.

Lohnabbau hat nur Verschärfung der Krise gebracht. Es ist jetzt endlich an der Zeit, zu erkennen, daß es erste Pflicht aller Wirtschaftskreise ist, den Anschluß der Produktion am Konsum wieder herzustellen. Wir haben nicht ausschließlich eine Produktionskrise, sondern hauptsächlich eine Warenkrise entstanden. Mangel Kaufkraft.

Lohnabbau hat zeitläufig aber auch Entwertung der Lagerbestände in der Industrie und dem Handel gebracht. Die fortgesetzten Unruhmaktionen bei Lohnabbauaktionen, die jetzt in Permanenz bestehen, lassen es überhaupt nicht zu, gesunde handelspolitische Geschäfte abzuschließen; ein deutlicher Beweis hierfür ist wieder der Ausgang der jetzigen Leipziger Messe. Alles schreckt vor Ankäufen zurück. Man hat kein Vertrauen mehr, weil bei jedem Handelsgeschäft durch die ungerechtfertigten Wettbewerbsverhältnisse die Gefahr besteht, trotz günstigen Einkaufs verlustbringend abgeschlossen zu haben. Die Gefahren in der deutschen Weißhohlglasindustrie sind in dieser Beziehung infolge der Preisgebarung tatsächlich nicht zu bestreiten. In der Preisgebarung, nicht aber im Lohn liegt die Hauptursache der Krise in der deutschen Weißhohlglasindustrie. Die Kosten volkswirtschaftlicher Unvernunft sollen immer von der fleißigen Arbeiterschaft übernommen werden.

Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, die Hebel dort anzusetzen, wo Erfolg für die Industrie und ihre Beschäftigten erzielt werden kann. Es ist dies in erster Linie Beobachtung der Preisgestaltung zur Sicherung der Rentabilität der Betriebe. Wir als Vertreter der Arbeitnehmer bemühen uns seit

Aber Herr Kommerzienrat!

In den glasierten Stätten des bayerischen Waldes ist Not und Sorge seit Jahren in den Arbeiterfamilien eingekehrt. Nicht etwa, daß die Arbeiterschaft in ihren Leistungen zurückgeblieben wäre oder daß infolge der Lohnsenkungen die Arbeiter besonders stark auswirken, sondern andere Faktoren sind für die verfahrenen Verhältnisse des bayerischen Waldes verantwortlich.

Bei den im bayerischen Wald bestehenden Verhältnissen im Betrieb des Herrn Kommerzienrat Gisl in Pragau im Augenblick über der Betrieb eine gleiche Industrie-Friedhof. Daß es in diesem Betrieb so gekommen ist, ist nicht an der Arbeiterschaft. Neben ungeheurer Fleiß würde in jeder Situation den Verhältnissen Rechnung getragen. Dies ist sogar so weit gegangen, daß die übrigen Betriebe nur noch einen Hinweis bei irgendwelchen Verhandlungen konnten, und zwar im Betrieb der Firma Gisl ist es so gemacht worden.

Die Gutwilligkeit der Arbeiterschaft soll in der Jetztzeit besonders ausgenutzt werden. Um die Betriebsaufnahme zu ermöglichen, wird unter Ausbehaltung tarifvertraglicher Bestimmungen von der Organisation der Druck auf die Belegschaft ausgeübt, den man sonst im allgemeinen nach dem BGB mit Erpressung bezeichnen kann. Die Akkordstücklohnsätze sollen trotz der mehrfachen Erhöhungen der Schockzahlen noch einmal bis zu 14 Pro-

einigen Monaten, die Öffentlichkeit und die Behörden dafür zu gewinnen, der kapitalistischen Planlosigkeit in der Weißhohlglasindustrie ein Ende zu bereiten. Es ist wahrlich weit gekommen, wie dieser Vorgang beweist. Wir können auch deshalb von den Behörden verlangen, daß sie der Lohnbewegung in der Weißhohlglasindustrie ihre ganze Aufmerksamkeit schenken und dann eingreifen, wenn es gilt, weiteren Schaden für die Arbeiterschaft und für die Volkswirtschaft abzuwenden.

Die Arbeitnehmerorganisationen haben unverändert Verlangungen der bisherigen Lohntarife bis zum 31. März 1933 vorgeschlagen. Daneben laufen selbstverständlich bei den Behörden unsere im vorigen Jahre eingebrachten Anträge auf Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke von Neueinstellung von Arbeitskräften, die leider trotz einer 2. Notverordnung vom Juni v. J. „für die Arbeitszeitregelung“ noch nicht ihre Erledigung gefunden haben. Eine weitere Beschränkung der Einkommensverhältnisse durch Lohnabbau kann nicht mehr verantwortet werden.

Die Alltagsorge darf nicht falscher Berater für die Beteiligten in wichtigen volkswirtschaftlichen Fragen werden. Damit wäre das Chaos in der Weißhohlglasindustrie besiegelt. Wenn wir vor weiteren Lohnabbau in der Weißhohlglasindustrie dringend warnen und ihn ablehnen müssen, so auf Grund vorstehender wirtschaftlicher Begründungen und weil die Existenz aller auf das schwerste bedroht ist. Krebs.

so schroff zu einander worden, daß die Industrie, vor allen Dingen aber der Herr Kommerzienrat Gisl davon bestimmt keinen Vorteil haben kann. Er sollte sich bei seinen Maßnahmen auch daran erinnern, daß er Besitzer und Titel durch den Fleiß seiner Arbeiter erhalten hat. Stellen sie ihm in Zukunft ihre Kraft nicht zur Verfügung, dann wird es bald aus sein mit der ehemaligen Herrlichkeit. Wir warnen hiermit zum letzten mal, Entgegenkommen und Not mit Brutalität zu beantworten. Die Gegenwirkungen müssen zur Katastrophe führen. Infolge des Lohnstreites, den wir sehr aufmerksam überwachen werden, damit der Machtdünkel des Herrn Kommerzienrat nicht noch gestärkt wird, und er sich wieder als „Töter der Organisation“ bezeichnen kann, wird der Betrieb für Zuzug und Arbeitsaufnahme gesperrt.

Glas auf der Messe

Auf der Mustermesse in Leipzig gehören die Glasfabriken die Gebrauchsgläser und Zierwaren für die Wohnungskultur herstellen — zu den alten Stammkunden. Dort kommen die Käufer aus vielen Ländern hin und bestellen die Waren, die in den Glashütten von fleißigen Händen hergestellt sind.

Der Hauptzweig der Zierwarenbranche ist die Kristallglasindustrie und ihre billige Konkurrentin, die Preßglasindustrie. In der Kristallglasindustrie mußte sich in den letzten Jahren besonders der Schliff den etwas neuzeitlicheren Verhältnissen und auch der Billigkeit anpassen. Es wird nicht mehr so reich geschliffen und auch in der Formgestaltung ging die Entwicklung weiter. Die Bleikristallhütten und Schleiferereien haben darunter schwer zu leiden, aber gerade die Umstellung auf neue Schliffarten, Gravuren und Maleiren trug dazu bei, daß dieses Gewerbe wenigstens zum Teil noch Aufträge hereinbekommt. Die Kaufkraft weitaus Kreise ist eben knapper geworden, da bleibt den Fabrikanten weiter nichts übrig, als sich den geänderten Verhältnissen anzupassen. Den Weg zu neuen Schliffarten und Gravuren fanden die Kunstgewerbler, sie arbeiteten bahnbrechend auf diesem Gebiete, wie auch auf dem neuartigen Dekoration und farbiger Gläser. Die farbigen Gläser und der einfache Schliff fanden besonders kaufreudiges Publikum und die Kollektionen konnten sich deshalb erweitern und verbessern, dabei ist dieser Zweig noch keineswegs am Ende seiner Ausdehnungsmöglichkeit. Trotzdem schon einige größere Werke die einfachen Schliffe pflegen und andere die Buntglasfabrikation aufgenommen haben, sind die Kunstgewerbler noch führend. Das kann auch so bleiben, warum sollen denn die Fabriken immer den Vorrang haben.

An Gebrauchsglas machte sich das teuerste Jenaer „Durax“ Glas bemerkbar, es ist zum Tisch- und Küchengeschirr verarbeitet, da es hitzebeständig ist, man kann darin auch braten und backen, die Gegenstände mit kochendem Wasser füllen und heiße Flüssigkeiten tibefertig darin herrichten. Auch Tee- und Kaffee- filterkannen aus Glas wurden gezeigt. In Glasbeleuchtungskörpern gab es auch ver-

schiedene, sogar patentamtlich geschützte, Neuheiten zu sehen. Einkochgläser mit schneller Konservierungsmöglichkeit wurden im „Viska“-Einkoch-Verfahren vorgeführt. Im Deckel der Gläser befindet sich innen eine „Viska“-Kapsel, in die einige Tropfen Alkohol geschüttet und abgebrannt worden, wenn man luftdicht verschließen will. Beim Abbrennen wird der Deckel mit der brennenden Kapsel auf das Glas gedrückt und solange festgehalten, bis das Flämmchen erloschen ist. Die Konservierung dauert nur einige Sekunden; der Deckel sitzt vollkommen fest.

Die Verwendung des Glases als Baustoff war auf der technischen Messe in den verschiedensten Arten sehr gefällig für Außen- und für Innenverkleidung dargestellt. Das ist keine große Mode, sondern einfach eine praktische Notwendigkeit. Glas mehr und mehr als Baustoff zu verwenden, es ist als solcher hygienisch, wirtschaftlich und schön. Leider liegt das Bauwesen so arg daneben, so daß Glas als Baustoff nur geringe Verwendung findet. Geschäfte wurden bei sehr gedrückten Preisen abgeschlossen.

Hohlglas-Kontingente bei Einfuhr nach Frankreich

Die französische Regierung hat die Kontingente für die Einfuhr von deutschen Hohlglaswaren, Flaschen, Phiole, Flacons, Gläserchen und Bruchglas, Glaskolben, einfach geschnittenen Glasröhren, Glaswaren mit Grad- oder Maßenteilung und von Gegenständen aus geblasenem Glas, die Ende Mai d. J. für die Monate Mai und Juni auf der Basis der Einfuhr im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1930 festgesetzt worden sind, für die Monate Juli bis September verlängert.

Wie uns von maßgebender deutscher Seite mitgeteilt wird, sind bei einzelnen Positionen die bisherigen Kontingente beträchtlich gekürzt worden, vor allem dadurch, daß ein Teil der Voreinfuhr, die in der Zeit vor Beginn der Kontingentierung erfolgt ist, in die Kontingente einbezogen wurde. Die Bewirtschaftung der Kontingente erfolgt wie bisher durch den Verband der Glasindustriellen Deutschlands in Berlin.



Leipziger Herbstmesse 1932

Die Leipziger Herbstmesse war ein getrübes Spiegelbild unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens. Sie konnte nicht gar nicht anders sein. Die Porzellanindustriellen gingen mit sehr geringen Erwartungen nach Leipzig, die Geschäfte waren jedoch etwas besser, als mancher erhoffte. Das ist das Erfreulichste an der ganzen Situation. Dieses „etwas besser“ darf man jedoch nicht mit dem Normalmaßstab messen und nicht auf jeden Betrieb wörtlich übertragen. Aber es wird sich in den nächsten Wochen bis Weihnachten dahin auswirken, daß in mehreren Werken die Weihnachtsaufträge in der kommenden Zeit wenigstens eine kleine Anregung bringen werden. Für einige Steingutfabriken, kann die Belebung sogar noch reger werden. Nach dem Gehörten tritt also keine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage ein; und das ist viel wert. Damit ist die allgemeine Durchschnittslage gekennzeichnet. Etwas eintretende Wirtschaftsverschlechterungen werfen freilich diese Diagnose über den Haufen.

Bei einer Anzahl Porzellangeschirrfabriken zeigt sich ein erfreuliches Lebengeltendmachen. Trotz Krise ist eine Weiterentwicklung festzustellen. Das gilt auch für eine Anzahl Steingutwerke. Stillstand in ausgesprochenem Maße ist nirgends festzustellen. Leben und Fortschritt in neuen Formen und besonders in Dekoren macht sich allenthalben bei Gebrauchporzellan und Gebrauchsteingut (Kunstkeramik) bemerkbar. Das muß besonders betont werden.

Als Modeneuheit kann man immer noch die Silberverwendung bei Porzellangeschirr, Gebrauchsartikeln und Zierwaren ansprechen. Die Kollektionen dieser Art wurden gegenüber den letzten Messen erweitert. Sogar Steingutfabriken gingen zur Silberdekoration in einzelnen Fällen über. Auch einige Thüringer Luxuswarenfabriken üben sich in dieser Dekorationsart. Der Silberanstrich scheint die etwas teurere Galvanisierung überwinden zu haben. Eine Fabrik ging auch zum Goldanstrich über, ob das Publikum daran Gefallen findet, konnte nicht festgestellt werden. Farbtonde trennen auch bei der Geschirrbemusterung mehr und mehr in den Vordergrund. Gold- und Liniendekore haben noch den Vorrang. Das Abziehbild ist selbstverständlich noch dominierend. In der Steingutindustrie ist der Spritzdekor vorherrschend. In der Porzellanindustrie geht es rückwärts mit ihm. In der Kunstkeramik tritt er nicht mehr so stark in Erscheinung, er ist dort kaum noch als solcher zu erkennen.

Man kann sagen, er hat sich vervollkommen. Teilweise wird schon etwas Handarbeit beigefügt und diese Vermischung führt zu uralten Töpfer-Dekorationsarten, die als das bisher Beste unserer Zeit angesprochen werden können. Sie spiegeln Fortschritt im höchsten Maße wieder.

Im Bereich der Porzellanmusterschau traten diesmal am auffälligsten die prachtvoll mit Porzellan und Kunstkeramik dekorierten Schaufenster der C. & E. Carstensschen Porzellan- und Steingutfabriken in Erscheinung. Diese Firma hatte sogar die beste Schaufensterecke der Müller-Passage, dem Hauptausstellungsmuseum für Porzellan und Steingut, gemietet und darin Erzeugnisse von Soran, Blankenhain und Elmshorn zur Schau gestellt. Den Auslagen würde große Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Steingutfabrik Colditz hat in der Müller-Passage einen neuen Raum bezogen. Die Schaufenster-Propaganda wurde auch von einigen anderen, besonders thüringischen Porzellanfabriken angewandt, die ihre Geschonkartikel und Tierplastiken dem großen Schpublikum zeigten. Allerdings geschah das nicht mehr im früheren Umfang, sondern im beschränkten Maße.

Der Hauptschlag in neuer Keramik scheint die neue Kollektion von Uffrecht bei C. & E. Carstens Neuhaldensleben und von Rheinsherg gewesen zu sein. Aber auch die anderen Betriebe dieser Firma und die anderen bekannten Werke der Steingutindustrie hatten sich große Mühe gegeben und ihre Muster vervollkommen.

Die Fabriken der Porzellan-Konzerne Rosenthal, L. Hutschenreuther, Kahla und Arnhold waren auch nicht untätig und zeigten sich im Rahmen der Möglichkeit. Auch die Staatliche Porzellanmanufaktur traten in Erscheinung sowie eine Anzahl bekannter Firmen wie: Heinrich, Krauthelm, Zeh, Scheizer, Haviland, Schumann, Seltmann, Königszelt, Edelstein, Tettau, Beyer & Bock, Stadlengfeld, Oberhohndorf u. a. von der Porzellanindustrie; Annaburg, Villoroy & Boch, Elsterverda, Sörnewitz, von der Steingutindustrie. Die gangbarsten Muster und die Neuheiten waren in den Vordergrund gestellt und gaben Kunde von dem starken Lebenswillen der Firmen und von ihrem Streben, die Krisenschwierigkeiten zu überwinden. Ob dies gelingen wird, hängt freilich nicht von den Firmen allein ab.

Einige Porzellanfabriken hatten sich bemüht, nicht nur neue Muster, sondern Neu-

heiten zu zeigen wie eine Kaffeesparmaschine, die höchstes Anlagens des Kaffees ermöglicht. Kannen mit nichttropfenden Schnauzen, mit Patentdeckelhaltung, Senf-Frischhalter, Butter-Saucer, die vom Herd auf den Tisch gebracht werden können; Serviettenringe und Brieföffner in Tierform mit farbigen Glasangon, Vorhanglöcherchen, („Kling-Glöcherchen“) galten auch als Neuheiten. Das Rosenthal-Service aus 150 verschiedenen Artikeln war eine Schenswürdigkeit. Auch die Solber Reklame-Kaffeekanne auf Rädern wurde während der Messe in Leipzig umhergefahren. An Reklame, Propaganda und Anreiz zum Kaufen von Porzellan und Steingut fehlte es in Leipzig nicht; es sollte nur das Wirtschaftswunder vollbracht werden, den Verbrauchern Konsumkraft auf irgendeine Weise zu übertragen, dann ginge schon ein Geschäft und die Fabriken bekämen wieder flott zu tun.

Von einigen wichtigen Porzellanabnehmerländern waren die Einkäufer für diese Messe nicht nach Leipzig gekommen.

Eine erstaunliche Wirtschaftszähigkeit bewiesen auch in dieser Zeit des Niederganges einige bekannte Privatmalereien, darunter auch die von Rudolf Wächter, früher Hüttensteinach, jetzt Kirchenlamitz, deren Name sicher noch vielen älteren Porzellankollegen aus der Vorkriegszeit im Gedächtnis haftet. Einen guten Namen in Qualitätsware und besonders in reichen neuartigen Dekoren erwarb sich auch Roloff, Münster, in den Nachkriegsjahren. Daneben blieben auch noch einige andere Privatmalereien treue Messeskunden, aber der übergroße Teil hat nicht mehr die Kraft, sich auf der Messe in Leipzig bemerkbar zu machen.

Noch einige Worte zu den paar Porzellanfirmen, die im Kunstgewerbemuseum ausstellen und zu den Staatlichen Manufakturen. Die Berliner Staatliche Porzellanmanufaktur ist jetzt ganz ins Kunstgewerbemuseum mit ihrer Ausstellung übersiedelt. Sie brachte als Neuheit ein „Ueberfang-Porzellan“ heraus. Es ist zweifarbig, weiß und selaton-grün, und kann zur großen Mode werden. Die Farbtonung ist ganz aufeinander abgestimmt und ganz dem Porzellan angepaßt. Das ist ein großer Vorzug. Da auch die Geschirrfabrik die zwei Farben völlig zur Wirkung kommen lassen, kann man diese Neuheit als guten Griff bezeichnen. Auch das neue Tafelgeschirr mit geringoltem Rand paßt gut zum modernen Bestreben der Staatlichen Porzellanmanufaktur. Der grün-goldene Ringdekor bringt wenigstens etwas Malerarbeit, ob auch die handgemalten Blumen mit Goldband auf den Tafelgeschirrestücken bei den Knäufelfreunden der Berliner Manufaktur Anklang finden werden, muß erst die Zukunft ergeben. Im Interesse der Malerkollegen wäre dem Versuch Glück zu wünschen.

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Meißens setzt mit neuen Kollektionen ihre ansprechende neuzeitliche Entwicklungslinie fort und hält die Tradition aufrecht. Die Staatliche Porzellanmanufaktur Nymphenburg konnte mit herrlichen Tierplastiken und mit „Bayrischen Königsservicen“ aufwarten. Die Kaffee- und Teeservice sind Eigenarten für Liebhaber.

Kaestner, Oberhohndorf, bringt wieder neue Entwürfe von Professor Hennig, die erkennen lassen, daß Porzellan auch streng modern gestaltet und dekoriert werden kann, ohne daß sein Charakter dadurch leidet. Diese Eigenart erwarb sich sicher Freunde. Ob aber die Bezeichnung „Deutsches Porzellan“ richtig ist, darüber läßt sich streiten. Bei dieser Firma bekommt die Bezeichnung leider politischen Beigeschmack.

Die bayerischen Werke der Kahla A.-G. sind im Kunstgewerbe-Museum auf dem Stand von Stockmeyer, Degerloch, mit vertreten. Dieser Künstler mit seiner besonderen Dekorationsart in der eigenen Werkstatt, brachte schon eine Anzahl gangbarer Entwürfe für Schönwald und Arzberg heraus und hatte sicher auch auf dieser Messe Erfolg.

Wenn man so herumhört und die verschiedensten Andeutungen beachtet, drängt sich einem die Vermutung auf, daß das Treiben der Nazis in allen Körperschaften und vor allem in der Öffentlichkeit doch nachteilige Wirtschaftsfolgen für Deutschland hat. Die Hetze und die Unfähigkeit der Nazis gegen die Juden, die Anschläge auf Geschäftsführer in Deutschland geben sicher manchen ausländischen Geschäftsleuten Veranlassung, die Leipziger Messe zu meiden. Da nun Juden vielfach Geschäftsleute sind, hat eben die Messe darunter zu leiden und letzten Endes die deutsche Wirtschaft. Die ausländischen Händler kommen doch nicht zur Messe und lassen sich, wenn sie deutsche Waren bestellen wollen, von fanatisierten Nazianhängern direkt und indirekt anpöbeln und beleidigen. Stände mit Adolf-Bildnissen, mit der Bezeichnung: Kauft vom deutschen (nationalsozialistischen) Händler, Gespräche nationalsozialistisch politisierender Fabrikanten, deren Frozeleien, Hakenkreuzabzeichen auf und unter dem Rockkragen, Hakenkreuzfahnen an den Häusern, sind nun einmal kein Werbemittel für deutsche Wirtschaft und kein Anreiz zum Kauf deutscher Ware durch Ausländer. Das haben selbst deutsche Aussteller zum Ausdruck gebracht, weil sie es an den Ordereingängen gemerkt haben. Die Messeschäfte wurden also auch durch das Hakenkreuz ungünstig beeinträchtigt, deshalb wird es höchste Zeit, daß die deutschen Fabrikanten und Warenerzeuger wieder mehr Geschäftsleute werden. Das Wirtschaftsinteresse bedingt das. Auch das Messeamt sollte versuchen, einen heilsamen Einfluß auf die politischen Stänker im Geschäftsleben auszuüben. Die deutsche Wirtschaft kann politische Störenfriede nicht ertragen, deshalb helfe der Vernunft wieder vorwärts!

E. Nenninger.

Küps

Von der Porzellanfabrik A.-G. in Berlin-Küps wird berichtet, daß sie eine Kapitalherabsetzung vorgenommen hat. Durch die Kapitalherabsetzung entsteht ein Buehgewinn von 750.000 RM, wovon 163.546 RM zur Deckung der Unterbilanz für 1931 und 586.454 RM zu Abschreibungen auf Effekten und Beteiligungen verwendet werden (i. V. 103.021 RM Reingewinn). In der Bilanz erscheinen (in Millionen Reichsmark): Hypotheken 0,280 (0336), Verpflichtung an die Tochtergesellschaft Deutsches Präzisions-Kettenwerk A.-G. in Sölden 0,193, Kreditoren 0,751, Akzente 0,580, Banken 0,452, Rückstellungen 0,011 (i. V. zusammen 1,772); 0,921 (2,165) Debitoren und Darlehen, 0,463 (0,623) Vorräte, 0,063 (0,071) Kasse, Postscheck und Wechsel, 0,004 (—) Bankguthaben, 0,117 (—) Forderung an die Primuswerke G. m. b. H. in Allenstein, 0,728 (0,080) Beteiligungen, 0,007 (0,021) Effekten, 0,504 (0,510) Anlagen.

Neuleinigen

Die Generalversammlung der Neuleiniger Steingutfabrik vorm. Jacobi, Adler u. Co. in Neuleinigen erledigte die Regularien- und nahm die Nachricht entgegen, daß die Verluste mehr als die Hälfte des Aktienkapitals ausmachen. Die Gesellschaft aufzulösen, wurde von der Tagesordnung abgesetzt und eine Sanierung in Aussicht gestellt. Der Betrieb ist seit fast zwei Monaten stillgelegt. In den Aufsichtsrat wurde Rechtsanwalt Dr. Jacobi-Grünstadt neu zugewählt.

Auma

Die Porzellan-Industrie A.-G. in Auma schließt ihr Geschäftsjahr 1931/32 mit einem Verlust von 52.660 RM ab. Der Vorjahresverlust von 80.125 RM wurde aus dem Reservefond I getilgt. Der Bruttoerlös aus Warenverkäufen ist mit 449.969,53 RM angegeben, dem 503.153,93 RM Aufwendungen gegenüberstehen. Der Zinsbefrag von 24.321 RM ist für dieses Werk entschieden zu hoch.



Zeitbilder aus der Zementindustrie

Die katastrophale Lage im Baugewerbe und die dadurch hervorgerufene Depression in den Baustoff-Industrien veranlaßte die Zementfabrik „Alemannia“ in Höver und die Zementfabrik „Germania“ in Misburg-Anderten, wegen Absatzmangels ihre Betriebe erneut stillzulegen. Bei der „Alemannia“ sind zur Zeit 71 Arbeiter und Handwerker beschäftigt, die restlos zur Entlassung kommen und von denen vielleicht, je nach Bedarf, in den nächsten Wochen noch 10 Mann mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt werden. Bei der „Germania“ werden rund 205 Arbeiter und Handwerker beschäftigt. — Im vorigen Jahre waren es noch 316 — von denen voraussichtlich durch die Betriebsstilllegung 170 Arbeiter und Handwerker zur Entlassung kommen. Nur der Mühlenbetrieb und selbstverständlich der Versand wird, je nach Bedarf, noch einige Wochen aufrechterhalten.

Wie tristesse die Absatzverhältnisse in der Baustoffindustrie im allgemeinen und in der Zementindustrie im besonderen sind, kann man daran ersehen, daß der Absatz in der Zementindustrie in diesem Jahre rund 25 Proz. des Absatzes in der Vorkriegszeit beträgt, während die Leistungsfähigkeit der Betriebe kaum zu 20 Proz. ausgenutzt werden kann. Sowohl die „Alemannia“ wie auch die „Germania“ haben im vorigen Jahre nur rund sechs Monate arbeiten können, während in diesem Jahre beide Betriebe für kaum fünf Monate Beschäftigung hatten; und trotzdem verfügen beide Betriebe über so große Lagerbestände, daß diese Vorräte — gemessen an dem jetzigen Absatz — für rund zehn Monate ausreichen. Die „Alemannia“ gehört zu der Interessengemeinschaft der Norddeutschen Zementfabrik in Misburg. Zu dieser Interessen-

gemeinschaft gehören insgesamt sechs Zementfabriken, von denen zwei Betriebe schon im Jahre 1931 stillgelegt haben, und in diesem Jahre konnten wegen Mangels an Absatz vier Betriebe die Produktion nicht aufnehmen. Trotzdem wurden auch in der „Norddeutschen Zementfabrik“ in den letzten Monaten dieses Jahres nur fünf Tage in der Woche gearbeitet.

Um die Bautätigkeit zu fördern und damit die Absatzverhältnisse in der Zementindustrie zu bessern, hat diese durch ihre Vertreter vor einiger Zeit der Reichsregierung das Angebot gemacht, zur Förderung der Arbeitsbeschaffung für die Dauer von einem Jahre die nötige Menge Zement dem Reich auf Kredit gegen Akzeptverbindlichkeiten zu liefern. Dieses Angebot ist jedoch von der Reichsregierung nicht berücksichtigt worden, da die Reichsregierung auch nicht die Gewissheit hat nach Ablauf eines Jahres die Wechsel einlösen zu können. Auch die Senkung der Verkaufspreise, die nach den Angaben der Vertreter der Zementindustrie gegenüber dem Vorjahre rund 30 Proz. beträgt, hat nicht vermocht, die Bautätigkeit zu heben und die Absatzverhältnisse für die Zementindustrie zu bessern. Gegenüber dem vorigen Jahre ist der Absatz in der Zementindustrie um rund die Hälfte zurückgegangen. Eine Besserung im Baugewerbe und damit der Absatzverhältnisse in der Zementindustrie ist voraussichtlich leider auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die öffentlichen Körperschaften, von denen manche Kreise eine Belebung des Baumarktes fordern und erwarten, befinden sich bekanntlich alle in mehr oder weniger großen finanziellen Schwierigkeiten, die teilweise schon zur Zahlungseinstellung öffentlicher Kassen geführt

haben. Die steuerlichen und rechtlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft und des Realcreditmarktes sind aber zur Zeit derartig, daß auch eine private Initiative auf dem Baumarkt, solange diese steuerlichen und rechtlichen Verhältnisse einer privaten Betätigung keine genügenden Sicherheiten bieten, nicht zu erwarten ist. Es muß also mit der traurigen Tatsache gerechnet werden, daß erneut rund 240 Zement-

arbeiter arbeitslos und mit ihren Familien dem Elend ausgeliefert werden. Bei dieser Anzahl wird es aber voraussichtlich noch nicht bleiben. Denn tritt keine Besserung der Absatzverhältnisse für die Baustoffindustrie in aller nächster Zeit ein, dann wird auch die Stilllegung der „Norddeutschen“, der „Hannoverschen“ und der „Teutonia“-Zementfabrik in Misburg-Anderten nur noch eine Frage der Zeit sein.

Methoden des „Dritten Reiches“

Ganz eigenartige Zustände herrschen auf der Ziegelei Hauer in Bettmar. War diese bis 1931 an die Braunschweiger Hausgenossenschaft verpachtet und herrschten dort bis dahin für die Arbeiterschaft geordnete und erträgliche Verhältnisse, so änderte sich alles grundlegend, nachdem Herr Hauer seine Ziegelei wieder in eigene Regie übernahm. Vom Verband will er nichts wissen, denn er glaubt, die im Fabrikarbeiter-Verband organisierten Arbeiter und auch deren Vertreter sind Menschen, die kein Interesse an der Arbeit haben und nur darauf ausgehen, alles kaputt zu schlagen. Es genügt schon allein das Wort „Verband“, oder ein diesem so „sozial eingestellten Ziegeleibesitzer“ zugesandtes Schreiben des Verbandes, um ihn vollends außer Rand und Band zu bringen.

Für Hauer ist das „Dritte Reich“ schon angebrochen, denn er zahlt seinen Leuten pro Stunde 45 Pf. Scheinbar schämt er sich, den festgesetzten ortsüblichen Tagelohn für den Landkreis Braunschweig noch zu unterbieten. Durch die große Arbeitslosigkeit gerade im Bereiche der Landgemeinde Bettmar und seiner Umgebung glaubt Hauer, seine Arbeiter ausnutzen und auspowern zu können. Wenn es nicht paßt, für 45 Pf. zu arbeiten, der kann ja gehen, denn Hunderte von Arbeitslosen lauern ja schon auf Arbeit. So bereichert sich dieser famose Arbeitgeber, indem er die große Not der Arbeiterschaft ausnutzt.

Die Arbeiter werden nicht behandelt als Menschen gleichen Antlitz und Rechts, nein, Herr Hauer steckt den „Herrn“ recht fühlbar heraus, und wer nicht so tanzt, wie der Herr pfeift, liegt unweigerlich. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Hauer wegen Nichtigkeiten seinen Arbeitern sagte, sie seien entlassen. Sofort selbst zum Büro gingen und ihre Papiere verlangten, standen sie aber vor verschlossenen Türen. Anderen Tages wurden dann die Arbeiter wieder an die Arbeit verwiesen. So spielt dieser Arbeitgeber Schindluder mit seinen Leuten und spekuliert dabei auf die gesetzlichen Bestimmungen, wonach jeder, der die Arbeit verweigert, für mehrere Wochen seiner Arbeitslosen-Unterstützung verlustig geht.

Solche Zustände wünschen sich die Arbeitgeber vom Schlag Hauer und darum schwärmen sie auch so für das „Dritte Reich“. Aber der Marxistenfresser Hauer hat jetzt hoffentlich an dem Ausfall der Wahl gesehen, daß das „Dritte Reich“ noch nicht angebrochen ist und auch nie anbrechen wird und stellt sich recht bald danach ein. Auch für die Arbeiterschaft kommt hoffentlich recht bald die Einsicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht dadurch gebessert werden können, daß man sich gegenseitig die Arbeitsstelle abjagt und sich für weniger Lohn anbietet. Nur eine geschlossene Arbeiterschaft kann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erträglich gestalten.

Darum, ihr Ziegelmaler, erkannt den Wert der Organisation und werdet Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes, Abteilung Keramischer Bund; denn nur mit Hilfe desselben könnt ihr solchen Arbeitgebern, wie Häuer die Stirn bieten und beibringen, daß man euch als Menschen und nicht als Sklaven behandelt.

Bauunternehmer gegen freiwilligen Arbeitsdienst

Auf einer Tagung der Handwerkskammern Rheinland-Westfalen, Lippe und Hoesen-Nassau wurde zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes folgende Entschliessung angenommen:

Der freiwillige Arbeitsdienst darf nicht zu einem Einbruch in die private Bautätigkeit führen. Den amtlichen Berufsvertretungen ist gegenüber dem Präsidenten der Landesarbeitsämter, die als Bezirkskommissare fungieren, ein Anhörungs- bzw. Einspruchsrecht zu geben. In den zu bildenden Beiräten muß das Baugewerbe Sitz und Stimme haben. Im übrigen ist der Arbeitsdienst als eine Notmaßnahme zu betrachten und bei Aufhören des Bedürfnisses wieder zu beenden.

Wenn es um die Verdienstmöglichkeiten geht, lernen auch die Unternehmer danken. Wird den Wünschen der Befürworter des freiwilligen Arbeitsdienstes Rechnung getragen, so

würden auch sehr viele Unternehmer ihre Gewinnmöglichkeiten verlieren und sie könnten in Gefahr kommen (schrecklich schon der Gedanke), auch für Essen und 30 Pf. Taschengeld einmal Dienstpflicht machen zu müssen.

Ohne uns in allen Fällen mit dem Inhalt der Entschliessung zu identifizieren, besonders wo es sich darum handelt den „amtlichen“ Berufsvertretungen ein Mitwirkungs- und Stimmrecht zu geben — denn die Arbeiterschaft als die Hauptbeteiligte hat auch ein Recht darauf — registrieren wir sie doch als eine Stimme der Warnung aus dem Unternehmerlager an die maßgebenden Instanzen.

Polen

Auch in Polen leiden die grobkeramischen Industriezweige trotz halbfaschistischen Reglerungs-systems sehr stark unter der Krise. Die Saison in der Ziegelindustrie begann erst im Monat Mai und hat zur Zeit ihr Ende wieder bereits erreicht. Von 688 industriell betriebenen Ziegeln haben 258 den Betrieb gar nicht erst aufgemacht. Ebenso war die Beschäftigung in der Schamotteindustrie äußerst gering. Die Schamotteindustrie, die sehr stark abhängig ist von Nounvestitionen, leidet in erster Linie unter den Krisenschwankungen, weil die Industrie sich sämtlicher

Nounvestitionen enthält und den öffentlichen Körperschaften die Mittel zur Arbeitsbeschäftigung fehlen.

Betriebe und Beschäftigte in der Ziegelindustrie

Nach dem Bericht der Berufsgenossenschaft ergibt sich untenstehende Verteilung der Betriebe und Beschäftigten in der Ziegelindustrie. Unter A) sind die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten und unter B) Betriebe mit 5 bis 50 Beschäftigten aufgeführt. Zu beachten ist dabei, daß es sich um Vollarbeiter handelt (Gesamtzahl der Arbeitstage durch 300 geteilt), die Beschäftigtenzahl in den Saisonmonaten also eine höhere ist. Weiterhin sind mit erfasst die sonstigen Arbeiter, wie Fuhrleute usw., landwirtschaftliche und Forstarbeiter, soweit deren Beschäftigung mit der Betriebsweise in Ziegeln zusammenhängt.

Land	Betriebe	Vorhanden: Arbeitnehmer
Preußen:	A 376	31 812
B	2 747	54 801
zus. 3 083		89 613
Bayern:	A 61	6 599
B	438	8 818
zus. 499		15 417
Sachsen:	A 12	931
B	273	5 097
zus. 285		6 028
Württemberg:	A 20	2 391
B	80	1 717
zus. 106		4 108
Baden:	A 20	2 582
B	84	1 711
zus. 140		4 296
Thüringen:	A 6	655
B	82	1 857
zus. 90		2 712
zusammen	4 548	131 850

Land	Betriebe	Vorhanden: Arbeitnehmer
Hessen:	A 7	1 000
B	91	1 200
zus. 98		1 700
Mecklenburg:	A 4	231
B	51	263
zus. 55		1 211
Oldenburg:	A 6	599
B	69	1 742
zus. 75		2 271
Braunschweig:	A 11	969
B	30	899
zus. 41		1 811
Anhalt:	A —	—
B	35	638
zus. 35		638
Lippe:	A 2	213
B	29	511
zus. 31		759

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Übertragung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Beber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(30. Fortsetzung)

„Joan verzehren Sie mir das bedeutet aber meines Erachtens, daß Sie ihn nicht wirklich liebhaben.“

„Warum nicht? Die Wahl ist mir weiß Gott nicht leicht geworden.“

„Trotzdem — wenn Sie ihn liebten, würden Sie zu ihm gehen. Allerdings begreife ich nicht, was er mit seinem Verhalten bezweckt. Wäre ich an seiner Stelle, so würde ich Sie zu jedweder Bedingung nehmen, die Sie mir stellen.“

Joan wurde verlegen, ihre Augen schweiften von dem Sprecher zu den gelben Fenstervorhängen. Und Gerald Blains krankliche Gesichtsfarbe wich vorübergehend einem leichten Rot. Er beugte sich vor und streichelte ihre Hand.

„Habe ich Sie erschreckt? ... Es entschläpfte mir gegen meinen Willen. Aber ... nun ja, Joan, Sie wissen doch, daß ich Sie liebe.“

„Man weiß das erst, wenn es einem gesagt wird.“

„Jetzt habe ich es gesagt, und es ist besser, daß es von meiner Brust herunter ist. ... Um so weniger Verständnis habe ich für Sie beide.“

„Gerry, wähen Sie nicht etwa, daß alles auf sorgsamer Überlegung beruht.“

Joan sprach sehr langsam, sehr eindringlich. „Es klingt so, als ob ich meine Liebe zu Anthony abgewogen und an der Liebe zu meiner Arbeit gemessen hätte. So ist es nicht. Im tiefsten Innern fühle ich, daß ich nie einen anderen Mann so lieben kann wie ihn. Mit gleicher Sicherheit jedoch weiß ich auch, daß ich meine Arbeit nicht aufgeben darf, wenn wir nicht unglücklich werden wollen. Sie ist ein Teil meines Wesens. Es ist auch nicht Selbstsucht, die Anthony treibt; seine Auffassung von einer Ehe oder dem Zusammenleben zweier geistig regen Menschen ist wahrhaftig schön — nur, ich bin für das stille Glück im Winkel nicht geschaffen.“

„Aber daß ein Mann wie Anthony Dacre diese Scheichgeilste bekundet, geht nicht in mein Hirn rein! Manche Männer bilden sich ja ein, daß ihre Frauen keine andere Aufgabe im Leben haben dürfen, als ständig um sie herumzutanzeln. Dacre, der stets über die Freiheit der Frau spricht und schreibt?“

Joan erwiderte nichts. Sie fühlte, daß es unmöglich sei dem praktischen gesunden Menschenverstand Blains das Idealgebilde einer Vereinigung näherzubringen, von der Anthony schwärmte. Aber ihre Seele schrie nach dem geliebten Mann. Regungslos saß sie in ihrem Sessel, die Flügel fest ineinander verschlungen.

„Hören Sie, kleine Joan“, begann Blain nach einer Weile in gewollt leichtem Ton, „da Sie ja den Mann, den Sie lieben, wegen ihrer Arbeit nicht heiraten können, wäre es da nicht das Allergescheiteste, den Mann zu heiraten, mit dem Sie gemeinsam arbeiten können?“

„Warum überhaupt heiraten?“ gab Joan mit gleicher erzwungener Lustigkeit zurück.

„Dafür kann man alle möglichen Gründe ins Treffen führen. Den besten vernahm ich von meiner Wirtin, und deren Mann ist sicherlich keine Perle. Sie pflegt zu sagen: Was ich brauche, ist ein Mann. Natürlich wäre mir ein guter lieber als ein schlechter; aber ein schlechter ist immerhin noch besser als überhaupt keiner. Ein Schlafzimmer sieht so kalt aus, wenn nicht ein paar schrantzige Kissen und ein paar Hosenträger herumliegen. Wie finden Sie das?“

„Leihen Sie mir ein paar von Ihren Krügen.“

„Nicht ohne den Mann, der dazugehört. Das hieße ja, leere Zigarettenhüllen verschenken.“ Dann schlug sein fröhlicher Ton ähnlings um. „Ist es ganz unmöglich, Joan?“ bat er ernst.

Als sie nicht antwortete, schob er seinen Sessel an den übrigen, legte seine Wangen einen Moment auf ihren schwarzen Schopf und küßte sehr zart, sehr ehrerbietig ihre Stirn.

„Ist es hoffnungslos, Joan? ... Ich bin allerdings als bis zugerichtetes Wrack.“

„Gut... vorläufig also nichts mehr darüber; es eilt ja nicht. Aber vielleicht eines Tages...“ Und ihre Vorwürfe während, setzte er sich möglichst weit fort auf den Diwan. „Wann muß ich übrigens verschwinden, damit die liebe Wirtin nicht die Nase rümpft?“

„In Leeds ist man sehr solide, und daher möchte ich Sie nicht länger als elf bei mir behalten. Also noch ein Viertelstündchen.“

„Zeit genug um das Eheproblem zu lösen. Die meisten Menschen werden mit ihm in zwei Minuten fertig.“

„Und hegen ihr Leben lang den Wunsch, zu einer anderen Lösung gekommen zu sein“, ergänzte sie.

„Das ist zynisch, unstatthaft für Ihr Alter, Joan. Doch ich habe mich oft gefragt, ob das, was wir Liebe betiteln, die Probe im Leben aushält — ich meine, ob sie absolut notwendig ist. Und durch Beobachtung habe ich mich mehr und mehr zu der Überzeugung durchgerungen, daß die besten Ehen auf guter Kameradschaft beruhen und auf gemeinsamen Interessen. Das Schlimmste ist, wenn zwei Menschen, die sich leidenschaftlich begehren, nach der Heirat herausfinden, wie zwischen ihren Ansichten eine unüberbrückbare Kluff gähnt.“

Joans Antwort war ein tiefer Seufzer.

„Vielleicht ist es nicht sehr taktvoll, Sie in dieser Weise zu bestürmen“, entschuldigte er sich, „doch Sie wissen; wenn das Herz voll ist, dem geht der Mund über. So, nun hat die Abschiedsstunde geschlagen.“

„Haben Sie nochmals herzlichen Dank, daß Sie so schnell meinem Ruf folgten und mir so wacker zur Seite standen.“

Blain machte eine tiefe, feierliche Verbeugung.

„Ich versichere Sie, Gnädigste, das Vergütigen war ganz auf meiner Seite.“

Sie lächelte und half ihm in seinen großen Ledermantel.

„Darf ich morgen auf dem Wege nach London noch einmal versprechen, Joan?“

„Lieber nicht. Ich... ich möchte...“

„Verstehe schon. Rufen Sie mich, wann immer ich Ihnen von Nutzen sein kann.“

„Das werde ich tun, Gerry.“

Sie hörte ihn die Stiege schwerfällig hinuntertapsen. Der Motor sprang an, und sein Braumen verhallte in der Ferne. Oben aber in dem kleinen, blauen Zimmer kauerte Joan Craig in ihrem Sessel, versuchte zu denken und entdeckte, daß das tröstlose Gefühl der Einsamkeit sie nicht länger bedrückte. Es war gut, einen solchen Freund zu haben.

XXI

Royd ergötzte sich höchstlichst, als Joan am nächsten Morgen ihr Abenteuer in Shireport bis in die kleinsten Einzelheiten schilderte.

„Es ist reine Piraterie! Solange sie erfolgreich ist und niemand uns mit Fragen belästigt, schadet es ja nichts; aber eines schönen Tages werden Sie uns in ein gräßliches Schlammloch hängen.“

„Das junge Mädchen tachte.“

„Mir hat es gefallen.“

„Als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

„... als ich London...“

immer wieder spüren, um den Haß aufzubringen, der allein zu ihrer Bekämpfung befähigt.“

„Ich habe mich auch nie dagegen gewehrt. Doch eine gelegentliche Eskapade macht mir Spaß.“

„Mir liegt es fern, den zürnenden Vater zu spielen“, lächelte er. „Nur verlange ich, daß diese Eskapaden auf einem Nebengeleise bleiben.“

„Was ist meine nächste Arbeit?“ forschte Joan, um von diesem Thema loszukommen.

„Beschäftigung mit der Armut. Ich lehne Sie für eine Weile einem Bergwerksdistrikt.“

„Werden die Gruben denn noch lange stillliegen?“

„Ich befürchte es, denn jetzt beginnt der Import der ausländischen Kohle. Ein fürchterlicher Gedanke, daß Dockarbeiter und Eisenbahner, die im Generalstreik für die Bergarbeiter eintraten, nunmehr die Kohle ins Land schaffen, mittels der dieselben Bergleute niedergedrungen werden sollen!“

„Warum boykottierte man nicht von Anfang an alle ausländische Kohle? Das habe ich nie begriffen.“

„Dazu hätten wir eine oberste Zentrale mit genügender Machbefugnis, eine sorgsame Vorbereitung und eine eingetübte Maschinerie benötigt. Wissen Sie nicht, wie es hiermit in der englischen Arbeiterbewegung hapert? ... Wenn wir diese Affäre hinter uns haben, werden Millionen draufgegangen sein, mit denen man die gesamte Kohlenindustrie hätte von Grund auf neu aufbauen können. Doch wird das je geschehen? Nein! Denn es würde die Aufhebung veralteter Reservatrechte und die Vernichtung unzähliger Parasiten bedeuten.“

Er wanderte, die Hände in die Hosentaschen versenkt, im Zimmer auf und ab, und das Pathos seiner Rede, das seinen sonstigen Gepflogenheiten ihr gegenüber völlig zuwiderlief, offenbarte Joan, wie tief seine Seele aufgewühlt war.

„Ja, es ist eine verfahrenre Angelegenheit. Was können wir tun, so wie die Dinge liegen?“

„Die Agonie verlängern, indem wir Frauen und Kindern der Bergleute helfen“, sagte William Royd bitter.

„Oh, William, das paßt nicht zu Ihnen!“ entsetzte sich Joan.

Royd hielt in seiner Wanderung inne und blickte auf das kleine Persönchen herab.

„Es besteht keinerlei Hoffnung mehr, höhere Löhne oder auch nur die früheren Bedingungen zu erringen, Joan. Als die Transportarbeiter und Eisenbahner sich zur Beförderung ausländischer Kohle bereit fanden, konnten die Bergleute ruhig klein beigeben und mit zehnprozentiger Lohnverkürzung weiterarbeiten, bis ihnen ein Abkommen mit den anderen Gewerkschaften betrefis Boykottierung ausländischer Kohle das Rückgrat für einen neuen Kampf steifen würde. Aber das wagt niemand zu äußern, sondern alle blasen mit Cook in dasselbe Horn und mahnen die Bergleute durchzuhalten. Möge der Himmel sie schützen!“

„William, was fällt Ihnen ein? Es ist ja schandbar für jemanden in Ihrer Stellung, so zu sprechen, ist reiner Defaitismus!“

„So? Weil ich die Bergleute für einen künftigen, aussichtsreichen Kampf... ansisieren will, anstatt sie jetzt zu einem Hungerkrieg zu verleiten, in dem sie nicht die allerkleinste Chance auch nur zur Sicherung ihrer bisherigen Löhne haben?“

„Ich will Sie nicht zu meiner Ansicht bekehren, Joan, und daher schneid der Defaitismus! Unsere Exekutive hat mich beauftragt, den ganzen Stab für Wohltätigkeitsorganisationen einzusetzen. Fahren Sie also los, richten Sie Suppenküchen ein und predigen Sie den Bergleuten das Durchhalten. Ich wünsche Ihnen guten Erfolg!“

Schwerfällig kehrte er zu seinem Platz am Schreibtisch zurück, und Joan vergegenwärtigte sich plötzlich, daß sie diesen Mann noch nie so mühsam und niedergeschlagen gesehen hatte, ihn, der sonst sie und alle übrigen Mitarbeiter aufzufeuerte und mitriß, wenn sie zu erlahmen drohten!

„Womit soll ich anfangen?“ fragte sie ganz verzagt.

„Ich werde mich gleich bei dem Londoner Frauenkomitee der Arbeiterpartei telephonisch

erkundigen, wo man Sie am dringendsten benötigt.“

Zwei Stunden später befand sich seine junge Mitarbeiterin bereits auf dem Wege nach einem kleinen, vernachlässigten Distrikt in den Midlands.

Joan war an Elend und Armut gewöhnt, aber noch nie wühlte sie solche krasse Scheußlichkeit gesehen zu haben wie in diesen Bergarbeiter-siedlungen. Kohlenstaub und Schmutz vergewaltigten alles. Die Grube war das einzige in jedem Dorf, was zählte — das einzige, auf das Geld, Sorgfalt und Verstand verwendet wurde. Alle acht Stunden bekam der Schlund dieses Ungeheuers Menschen zu schlucken, alle acht Stunden spie es Menschen wieder aus. Und mochten die Räder des Förderturms jetzt auch stillstehen, die Herrschaft der Grube blieb deswegen doch. Auf den Schlackenhalde kratzten Männer, Frauen und Kinder wie Maulwürfe, um etliche Stückchen Kohle zu finden, die sie dann gegen Brot eintauschten.

(Fortsetzung folgt.)

Schriften und Bücher

Der tschechische Arbeiterdichter Ivan Olbracht wird durch die Büchergilde Gutenberg jetzt einer größeren Öffentlichkeit bekanntgemacht. Sein bedeutendster Roman „Der verirrte Spiegel“, erscheint im 3. Quartal bei der Büchergilde Gutenberg, und das jetzt vorliegende Septemberheft dieser Gemeinschaft, vertritt der Buchleser kündigt das Buch mit einem instruktiven Artikel über Ivan Olbracht und die wichtigsten Vertreter der tschechischen proletarischen Dichtung an. Ein Ganz durch das alte Prag“, von Edgar Habnwald, ein charakteristischer Auszug aus dem Olbracht-Roman, Artikel über tschechische Buchkunst und über den Aufbau einer sozialistischen Kultur in der Tschechoslowakei und ausdrucksvolle Holzschnitte eines tschechischen Künstlers — alles in allem ein kleiner Querschnitt durch ein Land, das uns zwar benachbart ist, von dem wir aber herzlich wenig wissen. Die Zeitschrift „Die Büchergilde“ geht den Mitgliedern kostenlos zu.

Gelehrter Malimann David Porzellan-ABC für Sammler und Freunde von altem Porzellan, 215 Markenzeichen, Verlag von Wilhelm Knapp, Halle a. d. Saale, Preis 2,40 RM. — In diesem Büchlein von 88 Seiten Umfang ist mit großer Sorgfalt und festerhalten, was Sammler und Freunde von altem Porzellan wissen und beachten müssen. Es sind Angaben über Porzellanfabriken und Fabrikmarken des 18. Jahrhunderts über deutsch-holländische, französische, italienische, spanische, englische, holländische und belgische, dänische, schwedische, russische und polnische Porzellanfabriken enthalten, außerdem ist einiges über das Sammeln von altem Porzellan gesagt und eine kurze Geschichte des Porzellans beigefügt. Wer Interesse an altem Porzellan hat und Anhaltspunkte braucht, kann diesem Büchlein sein Augenmerk widmen.

Oldenburg-Ostfriesland

Der Sitz der Bezirksleitung Oldenburg-Ostfriesland wird ab 7. September 1932 von Oldenburg nach Leer (Ostfrl.) verlegt. Die genaue Adresse ist ab 7. September 1932 E. Ackermann, Leer (Ostfrl.), Onacklopp-Straße 5.

Hof-Moschendorf

Unsere Mitglieder zu gefl. Kenntnis, daß die Auszahlung der Unterstützung jeweils Sonnabends von 8—11 Uhr beim 2. Bevollmächtigten erfolgt. Die Ortsverwaltung.

Luckenwalde

Ortsbesenke zählt die Zahlstelle Luckenwalde bis auf Widerruf nicht mehr.

Adressenänderung

Die genaue Adresse des Kollegen Wußmann lautet in Zukunft wie folgt: Carl Wußmann, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund, Gau 6 Schlesien, Görlitz, Mittelsstraße 36, Bürohaus.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 3 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Darmstadt: Ludwig Diezel, Buch-Nr. 1054760; ferner auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 11 Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stralsund: Ewald Dörp, Buch-Nr. S II 521217 — auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Tilsit: Hermann Oppermann, Buch-Nr. 1092149.